

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 106 (2012)
Heft: 6

Artikel: 100 Jahre CVP : kein Grund zum Jubilieren
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390349>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

100 Jahre CVP – kein Grund zum Jubilieren

Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) ist am 22. April 2012 hundert Jahre alt geworden. Der Jubiläumsakt soll Ende Oktober in Luzern stattfinden. Zwischenzeitlich wird die Parteigeschichte übers Internet verbreitet, häppchenweise und selbstgerecht. Das liest sich dann so, als wäre die römisch-katholische Kirche im 19. Jahrhundert immer nur Opfer einer böswilligen Verfolgung durch die Radikalen gewesen, und als hätte der katholische Volksteil nur dank einer eigenen Partei die Gleichberechtigung in Bund und Kantonen erlangt. Und heute? Der politische Katholizismus hat sich überlebt, sei es, dass seine Forderungen erfüllt, sei es, dass sie fallen gelassen wurden.

Was bleibt, ist eine Identitätskrise, aus der sich die CVP nur befreien könnte, wenn sie sich als eine sozial-ethisch fundierte Wertepartei verstehen würde. Aber nicht einmal die kirchliche Soziallehre scheint den Parteioberen bekannt zu sein.

Klerikalismus und Antiklerikalismus

Die Parteihistoriker beginnen immer erst mit dem zweiten Teil ihrer Geschichte, dem Antiklerikalismus des 19. Jahrhunderts, der den politischen Einfluss der katholischen Kirche mit zum Teil rüden Methoden eindämmen wollte. Unterschlagen wird der vorangehende erste Teil, der Klerikalismus, der den säkularen Rechtsstaat mitsamt den «Trikolorewerten» von «Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit» in Bausch und Bogen verdammt. Beide «Ismen» sind historische Phänomene, die sich wechselseitig bedingten.

In der Tat wollten die unter radikaler Führung stehenden Kantone 1834 mit den «Badener Artikeln» die Kirche einer staatlichen Aufsicht unterstellen, von den Priestern einen Treueid auf die Regierung verlangen, die Klöster besteuern und – ganz vernünftig – konfessionell gemischte Ehen zulassen. Das Aargauer Kantonsparlament Rat schürte den Konflikt, indem es die Klöster im Kanton kurzerhand aufhob. Da konnte die katholische Reaktion nicht ausbleiben. 1840 wurde im Luzernischen Ruswil unter der Führung des Bauern Joseph Leu von Ebersol ein «Ruswiler Verein» gegründet, der, wie ein erstes Geburtstagshäppchen sagt, als «Ursprung der CVP» gilt. Ein Jahr später gelang dem Verein die demokratische Ablösung der liberalen Luzerner Regierung.

Die Einsicht, dass Ebersol die Weitsicht fehlte, fehlt leider auch der Parteigeschichte. Den Liberalen warf der «Volksmann» vor, die «von Gott selbst auf Erden aufgestellte sichtbare Autorität, die hl. römisch-katholische Kirche, nicht mehr anzuerkennen» und nur der «eigenen Vernunft» zu folgen. Die Andersgläubigen wollte er vom Wahlrecht überhaupt ausschliessen. Dass Ebersol die Berufung der Jesuiten an die theologische Hochschule und das Priesterseminar in Luzern betrieb, wird in einer Geburtstagsserie als Suche «nach ausländischen Spezialisten» verharmlost. Dabei war sie ein Politikum ersten

Ranges und eine Provokation oben-drein, denn die Jesuiten galten nun einmal als Eliteorden der Gegenreformation und als Gegner des säkularen Staates. Die katholischen Scharfmacher setzten sich durch, auch gegen besonnene Stimmen im eigenen Lager. So hatte der damals wohl grösste konservative Staatsmann der Innerschweiz, Philipp Anton von Segesser, die Jesuitenberufung als «enormen politischen Fehler» (Ferdinand Strobel SJ) beurteilt.

Auf die Jesuitenberufung folgten die Freischarenzüge, die vergeblich versuchten, die konservative Regierung mit Gewalt zu stürzen. Ebersol wurde ermordet. Am 3. September 1847 beschloss die Tagsatzung die Ausweisung der Jesuiten aus der Schweiz. Die Innerschweizer Kantone taten sich darauf mit Freiburg und Wallis zu einem «Sonderbund» zusammen, der von der Tagsatzung als rechtswidrig aufgelöst wurde, was wiederum für die «katholischen» Kantone den «casus belli» bedeutete. Der «Sonderbundskrieg» endete nach nur vier Wochen am 29. November 1847 mit der Niederlage der «katholischen Schweiz». Das Jesuitenverbot überdauerte diese Auseinandersetzung. Hinzu kam ein Verbot der Gründung neuer und der Wiederherstellung aufgehobener Klöster. Die beiden «konfessionellen Ausnahmeartikel» wurden erst 1973 aus der Bundesverfassung gestrichen. Damit war die Gleichberechtigung erreicht, das wichtigste Ziel der 1912 unter dem Namen Schweizerische Konservative Volkspartei (SKVP) gegründeten heutigen CVP.

Wer war Opfer, wer Täter? Auch wenn sich die Frage nicht nach einem Schwarz-Weiss-Schema beantworten lässt, steht doch der fundamentalistische Kampf der katholischen Kirche gegen den säkularen Rechtsstaat mit seinen Freiheitsrechten am Anfang der Auseinandersetzung zwischen Klerikalismus und Antiklerikalismus. Selbst der Sonderbundskrieg darf nicht, wie es in der Mediadokumentation «100 Jahre CVP» heisst,

auf den Gegensatz «zwischen Föderalismus und Zentralismus, Konservativ gegen Liberal» reduziert werden; nein, es ging zur Hauptsache um einen «ideologischen Krieg», um den Kampf «zwischen theozentrischer und anthropozentrischer Weltanschauung» (Ferdinand Strobel). Die «theozentrische Weltanschauung» stellte allerdings nicht Gott in den Mittelpunkt, sondern die katholische Kirche, die für ihre «Wahrheit» allein das «Recht auf Dasein» beanspruchte. Darum auch der Kampf der Päpste gegen die Religionsfreiheit, die erst am letzten Konzil und mit zweihundertjähriger Verspätung von der Kirche als Menschenrecht anerkannt wurde. In den 1870er Jahren verschärfte der Kulturkampf die Auseinandersetzung. Der schon 1864 erlassene Syllabus Pius' IX. enthielt eine «Sammlung moderner Irrtümer», die alles verurteilte, was die mündig gewordene Welt an Autonomie für sich reklamierte. Darum wirkte auch das 1870 verkündete Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit als zusätzliche Kampfansage an die Moderne.

In einem weiteren Geburtstagshäppchen meint der heutige Parteipräsident, «mit der katholischen Soziallehre im Rücken» habe die CVP schon «von Beginn an eine ausgeprägte soziale Ader» gehabt. Zu einer ganz anderen Einschätzung gelangte der religiös-soziale Publizist Paul Schmid-Amman, der 1945 in seinem Buch *Der politische Katholizismus* die damalige SKVP «zum reaktionärsten Flügel des politischen Katholizismus in der ganzen Welt» zählte. In den 1930er Jahren hatte die Partei vor allem die Enzyklika *Quadragesimo anno* «im Rücken», um die Überwindung des «Systems» durch eine «berufsständische Erneuerung» der Schweiz zu propagieren. Die Katholikenpartei entwickelte eine besondere Affinität zum faschistischen Ständestaat und unterstützte die reaktionäre Volksinitiative der Nationalen Front für die Totalrevision der Bundesverfassung. Autoritäres Gedan-

kengut vertraten auch die Bundesräte Etter und Motta, jener mit seiner Schrift *Die schweizerische Demokratie* aus dem Jahr 1934, die am Faschismus «die Tendenz zur Autorität und Ordnung, zu einer besseren Gestaltung des Staates» begrüßte, dieser als Aussenminister mit seinen unverhohlenen Avancen gegenüber den Faschisten Mussolinis in Italien und Francos in Spanien.

Der Feind stand links, der Schock des Generalstreiks wirkte nach. Als Dank für die Innerschweizer Bataillone zur Bekämpfung der Streikenden erhielt der politische Katholizismus 1919 einen zweiten Sitz im Bundesrat mit Jean-Marie Musy, der nach seinem 1934 erfolgten Protestrücktritt «in den faschistischen Bewegungen ein neues Tätigkeitsfeld zu sehen glaubte» (Hans-Ulrich Jost). Die katholischen Arbeiter mussten auf Geheiss der Bischöfe eigene Gewerkschaften bilden und «christlich» wählen. Damit nicht genug, diffamierte die Hierarchie auch den Sozialismus. Wer sich zum Sozialismus bekenne, hiess es in einem Betttagshirtenbrief von 1920, entbehre «derjenigen Vorbedingung, welche zum würdigen Empfang eines Sakramentes unerlässlich ist». Die Hetze gipfelte in einem kirchlichen Antisemitismus, der im «gott- und volksfeindlichen Sozialismus» ein «Mittel zum Zweck der jüdischen Weltherrschaft» sehen wollte – so im selben Jahr der St. Galler Bischof Alois Scheiwiler.

Ein historischer Irrtum

Die «katholische» Geschichtsschreibung folgt weitgehend ihrem Doyen Urs Altermatt, der schon in seiner Dissertation die These vertrat, «der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto» sei die Voraussetzung gewesen, um ihnen den «Weg aus dem Ghetto» zu ermöglichen. Die These macht der Partei ein gutes Gewissen, aber sie entbehrt der Analyse, worum es bei diesen Kämpfen um Macht und Einfluss ging. Die «christlichen» Parolen richteten sich vornehm-

lich gegen den säkularen Rechtsstaat, den heute selbst eine CVP für «christlich» hält. Ohne das verstockte Festhalten an überkommenen Vorurteilen und Privilegien wäre die katholische Kirche nicht diskriminiert worden und hätte sie sich nicht während mehr als hundert Jahren für ihre «Gleichberechtigung» einsetzen müssen. Aber auch diese Gleichberechtigung hat die Kirche nicht wegen des politischen Katholizismus, sondern dank der ökumenischen Öffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils und der menschlichen Ausstrahlung des Papa buono Johannes' XXIII. erreicht.

Die Öffnung der Kirche gegenüber der «Welt» ging mit dem Verzicht auf eine «Rekatholisierung der gesellschaftlichen Normen und Institutionen» (Altermatt) einher, mit der Liquidation der ganzen Mottenkiste «katholizistischer» Forderungen nach staatlich finanzierter Konfessionsschule, Unauflöslichkeit der Ehe im Zivilrecht, Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sowie nach unzähligen Zensur- und Verbotsforderungen rund um die sogenannte öffentliche Moral. Aber auch die «berufsständische Ordnung», von der niemand so genau wusste oder wissen wollte, was darunter zu verstehen sei, fiel aus Abschied und Traktanden.

Lange vor der Erosion der Katholikenpartei erodierten also ihre Inhalte. So erweist sich der «Weg ins Ghetto» als gewaltiger historischer Irrtum, als Umweg, der nicht hätte sein müssen, wenn die katholische Kirche schon im 19. Jahrhundert in der Lage gewesen wäre, die Geister zu unterscheiden und allem «Brüllradikalismus» zum Trotz in den Menschenrechten und im Toleranzgebot auch genuin jüdisch-christliche Werte zu erkennen. Einer, der die Zeichen der damaligen Zeit verstand und den Weg ins Abseits vermeiden wollte, war der Freiburger Franziskaner Père Girard. Als Pädagoge und Anhänger der Aufklärung liess er sich von Pestalozzi's Ideen begeistern, trat entgegen den Wei-

sungen der Amtskirche für die Staatsschule ein und genoss mit seinem *Projet d'éducation publique* die besondere Wertschätzung des helvetischen Unterrichtsministers Philipp Albert Stapfer. Ein solcher «Weg in die Moderne» wäre die Alternative zum unfruchtbaren «Weg ins Ghetto» gewesen.

Gemessen an dem, was die CVP heute selber vertritt, stand der politische Katholizismus von allem Anfang an auf verlorenem Posten. Doch die CVP ist eine Meisterin der Verdrängung. Triumphalistisch verkündet das Parteiprogramm 2004: «Die Gemeinschaft Schweiz steht auf dem Fundament christlich-demokratischer Werte.» Die Schweiz steht jedoch weit mehr auf dem Fundament der bürgerlichen Revolution von 1789. Gegen sie polemisiert nicht zufällig der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister in der Geburtstagsserie, zwar nicht mehr mit den päpstlichen Verurteilungen unseeligen Angedenkens «im Rücken», aber im reaktionären Rückgriff auf den britischen Konservativen Edmund Burke, der 1790 in seinen *Überlegungen zur Revolution in Frankreich* die Ungleichheit unter den Menschen und «Klassen» zur «Prärogative der Natur» erklärte.

Was bleibt?

Was das «C» im Parteinamen soll, wird diskutiert, seit sich die Partei des politischen Katholizismus 1970 zur «Christlichdemokratischen Volkspartei» gemausert hat. Vergeblich hoffte man, das neue Oberflächendesign werde das «christliche» Wählersegment erweitern. Das «C» erwies sich jedoch bestenfalls als emotionale Klammer innerhalb der Partei zwischen den liberalen «Modernisten» im Mittellandgürtel vom Bodensee bis Genf und den konservativen «Nationalisten» in den «Stammländern». Inhaltlich ist das Kürzel zur Leerformel verkommen, in die alle alles hineinprojizieren, was ihrer eigenen Ideologie entspricht. Seit sich freilich auch die SVP «abendländisch-christlich» gibt, hat das

alte Label Mühe, die Konservativen bei der Stange zu halten.

Heute fragt man sich in der CVP kaum mehr, was dieses «C» inhaltlich bedeute, sondern ob es für die Partei überhaupt noch von Nutzen sei. Das Parteiprogramm 2004 hat die Antwort im Grunde bereits vorweggenommen und das «C» im neuen Label «liberal-sozial» aufgelöst. Nur ganz am Anfang ist hier noch die Rede von einem «christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild». Es heisst gar: «Das Kapital hat den Menschen zu dienen und nicht die Menschen zu beherrschen.» Dass ein solcher Grundsatz den Abschied vom Kapitalismus bedeuten müsste, wird nicht gesagt und schon gar nicht programmatisch vertieft. Vom «Vorrang der Arbeit vor dem Kapital», wie er in der christlichen Soziallehre vertreten wird, scheint die CVP noch nie etwas gehört zu haben. Das Programmpapier ist auch sonst geduldig. So gilt zwar die «Menschenwürde» als «unantastbar», aber die Sans-Papiers sollen rechtlos bleiben, und abgewiesene Asylsuchende, die «illegal» in der Schweiz bleiben, gehören in «Ausschaffungshaft». An die kirchliche Soziallehre erinnern vielleicht noch die Prinzipien von «Solidarität» und «Subsidiarität». Wie sie sich zueinander verhalten, wird nicht reflektiert. Zum Beispiel brauchen die Reichen nach dem Subsidiaritätsprinzip keine AHV, aber die AHV braucht nach dem Solidaritätsprinzip die Reichen. Was gilt? Die abgegriffenen Formeln greifen nicht mehr.

Was bleibt, ist eine nebulöse «Mitte», die sich mal für «dynamisch», mal für «lösungsorientiert» hält. Sie unterwirft sich grundsatzlos der Deutungshoheit der Pole, da jede Verschiebung nach rechts oder nach links auch die Mitte neu bestimmt. Wer nur in der Mitte sein will, hat keinen eigenen Standort. Mit «christlich» hat das schon gar nichts mehr zu tun, eher widerspricht es dem biblischen Wehruf gegenüber denen, die «weder kalt noch warm» (Offb. 3,16) sind. ●

Willy Spieler ist Publizist und Ex-Redaktor der Neuen Wege. (spieler@goldnet.ch)